

Seilziehen um ältere Arbeitnehmer

Arbeitslosigkeit Morgen kommt es zum Gipfeltreffen zwischen Bund und Sozialpartnern zur Lage älterer Arbeitnehmer. Die Linke fordert mit Vehemenz mehr staatlichen Schutz, während die Rechte genau davor warnt.

Roger Braun

Sind ältere Personen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt? Bei der Antwort auf diese Frage beginnen bereits die Meinungsunterschiede. Die Gewerkschaften sagen Ja, da die Zahl älterer Arbeitsloser stark gestiegen ist. Waren zur Jahrtausendwende noch 10 000 Personen über 55 Jahren arbeitslos gemeldet, sind es heute bereits doppelt so viele. «In der Schweiz verbreitet sich unter den älteren Arbeitnehmern ein Klima der Angst», beklagt beispielsweise der Präsident des Gewerkschaftsbunds und SP-Ständerat Paul Rechsteiner (SG). Für ihn muss die Politik dringend handeln.

Die Arbeitgeber relativieren hingegen. Den steilen Anstieg erklären sie mit dem allgemeinen Bevölkerungswachstum und der Tatsache, dass mit der Babyboomer-Generation immer mehr Leute der Alterskategorie 55+ angehören. Entscheidend für die Wirtschaftsverbände ist deshalb die Arbeitslosenquote unterschiedlicher Altersklassen. Im vergangenen Jahr betrug diese Quote gesamtschweizerisch 3,3 Prozent. Bei älteren Arbeitnehmenden ab 55 Jahren lag sie deutlich tiefer, bei 2,7 Prozent (siehe Grafik). Dieser Unterschied zu Gunsten älterer Personen ist nicht aussergewöhnlich, sondern vielmehr Standard in der Schweiz. Dies gilt auch dann, wenn man die ausgesteuerten Personen hinzuzählt.

Arbeitsuche dauert mit steigendem Alter länger

Unbestritten ist hingegen die Tatsache, dass ältere Arbeitnehmende deutlich mehr Zeit benötigen, um eine neue Stelle zu finden, nachdem sie ihre Arbeit verloren haben. Damit sind die älteren Arbeitnehmenden besonders verletzlich und benötigen nach breitem Konsens besondere Aufmerksamkeit der Politik. Seit einem erfolgreichen Vorstoss von Rechsteiner treffen sich deshalb Bund, Kantone und Sozialpartner morgen zum dritten Mal zu einer nationalen Konferenz zum Thema. Auf konkrete Massnahmen dürften sich die Teilnehmer wie schon in den Vorjahren kaum einigen. Die Debatte wird aller-



Linke Politiker wollen, dass ältere Arbeitnehmende eine längere Kündigungsfrist erhalten.

Bild: Benjamin Manser (St. Gallen, 8. Juni 2015)

dings weitergehen. Die Linke hat Ende vergangenen Jahres ein ganzes Vorstosspaket eingereicht, um die älteren Arbeitnehmer zu schützen. Das Paket verfolgt drei Stossrichtungen.

— Mehr Schutz vor Entlassungen: Ältere Arbeitnehmende sollen eine längere Kündigungsfrist erhalten und bei einem Stellenabbau gegenüber Jungen einen speziellen Schutz geniessen.

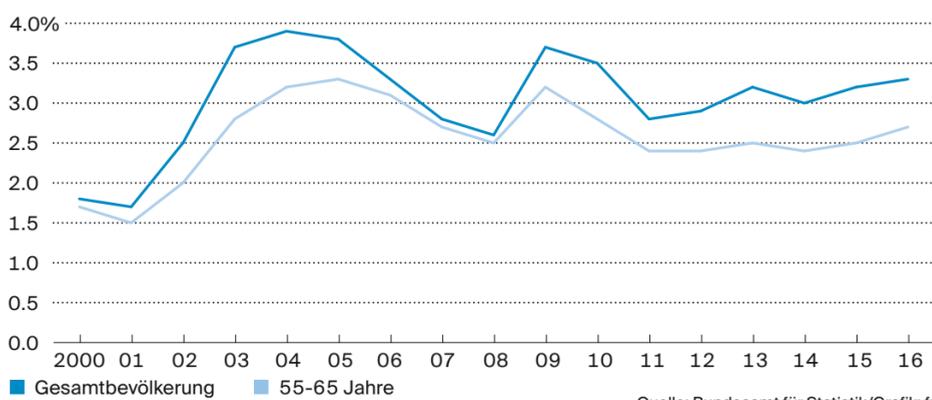
— Weiterbildung: Wird jemand in fortgeschrittenem Alter entlassen, soll er das Recht auf eine mehrjährige Umschulung, inklusive Deckung der Lebenshaltungskosten, erhalten.

— Überbrückungsrente: Wer einige Jahre vor der Pensionierung entlassen wird, soll eine Überbrückungsrente erhalten und sich ohne finanzielle Abstriche frühpensionieren lassen können.

«Wenn wir weitere Regulierungen einführen, ist dies der Anfang vom Ende des flexiblen Schweizer Arbeitsmarkts.»

Leo Müller
Nationalrat (CVP/LU)

Arbeitslosenquote bei Älteren ist unterdurchschnittlich



Bürgerliche Politiker anerkennen die Schwierigkeiten älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt, doch gesetzlichen Handlungsbedarf sehen sie nicht.

«Mit zusätzlichen Vorschriften kommen wir nicht weiter», sagt etwa CVP-Nationalrat Leo Müller (LU). Im Gegenteil: «Wenn wir weitere Regulierungen einführen, ist dies der Anfang vom Ende des flexiblen Schweizer Arbeitsmarkts.» Müller sieht vielmehr die Wirtschaft in der Pflicht, älteren Personen eine Chance zu geben. «Von den Firmen erwarte ich positive Signale, sonst wird der Druck auf die Politik weiter zunehmen, wettbewerbsfeindliche Vorschriften zu erlassen.»

FDP-Ständerat Ruedi Noser (ZH) setzt ebenfalls auf Sensibilisierungsmassnahmen innerhalb der Wirtschaft. Der IT-Verband ICT Switzerland etwa engagiere sich bei seinen Mitgliedern für altersdurchmischte Teams und diskriminierungsfreie Einstellungsverfahren, sagt er. «Das Bewusstsein für den Wert älterer Arbeitnehmer nimmt zu.»

Schwieriger Stand für linke Forderungen

Die Forderungen der SP bezeichnet Noser als «schädlichen Aktivismus». «Mit einem verstärkten Kündigungsschutz bestrafen wir genau jene Arbeitgeber, die bereit sind, älteren Arbeitnehmern eine Chance zu geben», sagt er. Wenig hält Noser auch von zusätzlichen Mitteln für die Weiterbildung, da diese bereits heute von der Arbeitslosenversicherung in grossem Umfang angeboten werde. Zu den Überbrückungsrenten sagt der IT-Unternehmer: «Damit würden sich die Arbeitgeber aus der Verantwortung ziehen und ältere Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit in Frührente geschickt – das kann es nicht sein.»

Ähnlich äussert sich Leo Müller. Am ehesten noch könnte er sich ein verstärktes Engagement bei der Weiterbildung vorstellen. Doch auch da sagt er: «Wenn wir hier staatliche Sonderregeln aufstellen, wird es nicht lange gehen, bis andere demografische Gruppen wie Frauen oder Junge mit guten Gründen Ähnliches fordern werden.»

ANZEIGE

Geld bleibt hier.



10 Milliarden Franken im Jahr! Soviel zahlen wir für Importe von Erdöl, Benzin, Gas, Uran. An Lieferanten wie Russland und Saudiarabien.

Besser ist die Energiestrategie 2050: Einheimische, sichere und saubere Energie.

JA sagen:

BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP; Bauernverband, Gewerbeverband, Travail.Suisse, Swissecleantech; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE; BirdLife, Greenpeace, Pro Natura, SES, VCS, WWF; Städte- und Gemeindeverband. Zusammen mit Bundesrat, Parlament und Kantonen.

In einheimische Energie und Effizienz investieren. Nützt Gewerbe und Arbeitsplätzen in der Schweiz. Und macht unabhängig vom Ausland.



21. Mai 2017

ENERGIE STRATEGIE JA

Komitee Energiestrategie JA, Postfach, 3001 Bern energiestrategie-ja.ch